Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 12

Buchbesprechung: Literatur
Autor: Lienhard, Richard / Brügel, J.W.

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Literatur

Mahnrufe in die Zeit

Paul Schmid-Ammann. Vier bewegte Jahrzehnte schweizerischer Politik, 1930 bis 1970. Morgarten Verlag, Zürich.

Paul Schmid-Ammann will sein neuestes Werk nicht als Selbstbiographie verstanden wissen, sondern vielmehr als Rechenschaftsbericht eines Politikers und Publizisten. Damit hat er, wie oft in seinem bewegten Leben, den unbequemern Weg gewählt. Wäre er der Versuchung erlegen, seine Person stärker in den Vordergrund zu stellen, so hätte er die Leserschaft unmittelbarer ansprechen können (der Vorteil jeder Autobiographie). Damit wäre aber die subjektive Seite der ganzen Darstellung von vier bewegten Jahrzehnten schweizerischer Politik zu stark betont worden (Nachteil der Autobiographie).

So liegt denn das Hauptgewicht des Werks auf den Artikeln, die aus der gewandten Feder eines hervorragenden Redaktors und Publizisten stammen und welche zu wichtigen Ereignissen einer bewegten Zeit Stellung nahmen. Es handelt sich dabei fast durchwegs um *Leitartikel.*

Es darf in diesem Zusammenhang einmal auf die Bedeutung und die Aufgabe des Leitartikels hingewiesen werden. Er soll zunächst dazu beitragen, dem Leser das Geschehen begreiflicher zu machen. Er will sodann dem Leser zu einer Meinungsbildung und zu einem Urteil verhelfen. Er soll unter Umständen den Leser sogar zu einem bestimmten Verhalten anregen. Oft genug wendet er sich über den Leser hinweg an die Verantwortlichen unseres Staatswesens in der Erwartung, dass sie sich in ihrem Handeln beeinflussen lassen. Es ist zwar richtig, dass der Leitartikel aus der Situation der Stunde geboren wird. Es wäre aber unrichtig anzunehmen, er sei deshalb zu sehr an den Tag gebunden. Hinter dem anspruchsvollen Leitartikel – wie ihn Paul Schmid-Ammann zu verfassen pflegte – steht jedoch mehr als nur die Eingebung des Augenblicks: er ist vielmehr oft genug *Frucht jahrzehntelanger Erfahrung einer zu dieser Ausdrucksform befähigten Persönlichkeit.*

In diesem Lichte sind die Leitartikel von Paul Schmid-Ammann, ist sein neustes Werk zu begreifen. Man muss dieses Buch gelesen haben, um sofort zu erkennen, dass die einzelnen Leitartikel mehr als nur ein charakteristisches Zeitdokument darstellen. Sie sind geeignet, ein vermehrtes und tieferes Verständnis zu wecken: nicht nur für gewisse innen- und aussenpolitische Ereignisse einer bewegten Zeit, sondern auch für die damit verbundenen Aktionen und Reaktionen.

So hat denn Paul Schmid-Ammann mit seinem neusten Werk ein Stück wertvolle Schweizer Geschichte verfasst. Ob dieses geschichtliche Werk eine Fortsetzung erfahren wird, erscheint leider mehr als fraglich, seitdem der Leitartikel aus der sozialdemokratischen Presse verbannt wurde. Nach den Worten des berühmten sozialdemokratischen Publizi-

sten *Oskar Pollak* (langjähriger Chefredaktor der Wiener AZ) schrieb die sozialdemokratische Presse einmal Geschichte; heute aber liest man dort zuviel Geschichten ... Um so teurer ist uns das Werk unseres Freundes Paul Schmid-Ammann.

Die Sozialdemokraten aber dürfen dankbar sein, dass sich der Verfasser nicht damit begnügte, Geschichte zu schreiben. *Durch all seine Artikel geht das Bekenntnis nicht nur zu den Grundwerten einer freiheitlichen und sozialen Demokratie, sondern auch zu den humanitären Wertvorstellungen des Sozialismus.* Damit erhalten wir gleichzeitig eine Antwort auf die Frage nach dem bleibenden Kern des freiheitlichen Sozialismus; denn Ethos und Pathos dieser Grundwerte müssen alle sozialistischen Gesellschaftsvorstellungen durchdringen. So enthält denn Paul Schmid-Ammanns Rechenschaftsbericht auch einen Mahnruf an alle, die – um mit Goethe zu sprechen – «in schwankenden Zeiten auch schwankend gesinnt sind».

Wer sich um die Weiterentwicklung des sozialdemokratischen Gedankengutes bemüht, wer auf dem Boden der Sozialdemokratie um geistige Klarheit und um Selbstverständnis ringt, der wird an Paul Schmid-Ammanns neustem Werk nicht vorbeisehen dürfen.

Richard Lienhard

Die Schweizer Presse zur Sudetenkrise — ein Rückblick auf 1938

Der junge Historiker *Eric Dreifuss* hat ein Buch «Die Schweiz und das Dritte Reich» geschrieben, in dem er die Haltung von vier deutschschweizerischen Zeitungen im Zeitraum von 1933–1939 untersucht. Auf dieses Buch wird noch zurückzukommen sein; aber da es sich auf deutschschweizerische Blätter beschränkt und ausserdem die Reaktion in der Schweiz auf die einzelnen aussenpolitischen Aktionen des Dritten Reiches nicht analysiert, scheint es angezeigt, einmal einen Blick darauf zu werfen, wie die Schweizer Presse mit den Problemen fertig geworden ist, die Hitlers erfolgreiche Erpressung an der Tschechoslowakei und die aktive Hilfe, die er dabei von den beiden Westmächten erfuhr, hervorgerufen hatten. Nach dem «Anschluss» Österreichs richtete sich der ganze Propagandaapparat des Dritten Reiches gegen die Tschechoslowakei, der entgegen aller Wahrheit Unterdrückung der mehr als drei Millionen im Lande lebenden Deutschen nachgesagt wurde, und es gehörte nicht viel Sehergabe dazu, zu erkennen, dass dieser Staat das nächste Angriffsziel Hitlers sein werde. Die Frage war nur, was dann erfolgen sollte, und obwohl es wenig wahrscheinlich schien, dass Hitler sich schon in diesem Stadium gegen die Schweiz wenden würde, war der Gedanke, dass das für die Tschechoslowakei verwendete Rezept eines Tages auch auf die Schweiz Anwendung finden könnte, damals Allgemeingut. Die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Presse war natürlich, dagegen zu wirken,

dass diese nur zu berechtigten Besorgnisse in eine Panik ausarteten. Wenn man heute die damaligen Zeitungen nachliest, darf man freilich nicht die Massstäbe der heutigen Kenntnis der weiteren Vorgänge kritisch benützen, sondern man muss von der seinerzeitigen Situation ausgehen und auch die Schwierigkeit berücksichtigen, sofort zu einer Stellungnahme zu den Tagesereignissen zu gelangen, die auch später noch zu vertreten war.

Die folgenden Betrachtungen stützen sich nur auf die Berichte des seinerzeitigen britischen Gesandten in der Schweiz über die Haltung der schweizerischen Presse in dieser Zeit und einige wenige schweizerische Zeitungen, die in Londoner Bibliotheken eingesehen werden konnten. Sie erheben daher nicht Anspruch darauf, ein volles Bild zu geben, und sollen mehr eine Anregung sein, dem Problem systematischer auf den Grund zu gehen. Der *«Neuen Zürcher Zeitung»,* dem wichtigsten Organ des Schweizer Bürgertums, wird man sicher nicht nachsagen, dass sie in irgendeiner Weise Illusionen über die Herrscher des Dritten Reiches gefördert oder verbreitet hätte. Aber es ist nicht uninteressant, zu beobachten, dass die Berichterstattung des Blattes aus Berlin, die unter dem unmittelbaren Eindruck geschrieben war, weit weniger zurückhaltend und vorsichtig klang als die redaktionellen Kommentare, die in Zürich erzeugt wurden. Leider konnte es sich das Blatt auch damals nicht verkneifen, in der innerpolitischen Auseinandersetzung den Sozialisten Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen, weil sie – man denke nur! – im Kanton Basel-Stadt eine Initiative für das Verbot nationalsozialistischer Organisationen vorgeschlagen hatten. In einem «Sozialistische Verantwortungslosigkeit» betitelten Artikel vom 16. September 1938 wurden natürlich diese nationalsozialistischen Organisationen in keiner Weise in Schutz genommen, aber den Sozialdemokraten «ein höchst bedauerlicher Mangel an Verantwortungsgefühl gegenüber dem Land» vorgeworfen, weil sie «in dieser Stunde der Landesregierung Schwierigkeiten in den Weg gelegt» hätten. Aber eine vom Standpunkt der Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeit des damaligen Berliner Regimes günstige Stunde für eine solche Initiative hat es nie gegeben, und darum hätten nach der damaligen Logik der «NZZ» diese Organisationen niemals aufgelöst werden dürfen.

So wenig Sympathie die «NZZ» für Hitler aufbrachte, ist aus ihren Spalten ein gewisses Gefühl der Solidarität mit dem englischen konservativen Regime Chamberlains unverkennbar, dessen Politik man nicht geradezu billigte, dem man aber gute Absichten nachsagte. Die damalige Politik des Nachgebens der Demokratien Hitler gegenüber – eine Politik, die sich als eine Katastrophe für die Schweiz hätte erweisen können – wurde natürlich nicht nur von Grossbritannien, sondern auch von Frankreich gemacht; die Regierung Daladier in Paris war keine ausgesprochene Rechtsregierung, aber sie war schwach und folgte blind der Politik Lon-

dons. Als der britische Ministerpräsident Chamberlain Mitte September 1938 nach Berchtesgaden zu Hitler fuhr, war es der Öffentlichkeit am Anfang noch nicht klar, dass es eine «Reise nach Canossa» war, bei der Chamberlain in der an sich löblichen Absicht, einen Krieg zu verhindern, Hitler alles zugestand. Man glaubte vorläufig, dass er nach Berchtesgaden gegangen war, um Hitler zu warnen, dass ein Angriff auf die Tschechoslowakei ein britisch-französisches Eingreifen gegen Deutschland und damit einen Weltkrieg auslösen müsste. Unter diesem Eindruck war wohl geschrieben, was die «NZZ» in ihrem Leitartikel am 18. September sagte:

> «Unter allen Umständen, welches nun die Ergebnisse sein werden, (ist Chamberlains Reise) ein Akt hohen staatsmännischen Verantwortungsgefühls, als welcher er von Anfang an gewertet werden musste.»

Als sich knapp danach herausstellte, dass Chamberlain in Wirklichkeit vor Hitler in Berchtesgaden kapituliert hatte und die Tschechoslowakei zwang, der Abtretung der deutschbesiedelten Gebiete an Hitler zuzustimmen, war die Reaktion der «NZZ» darauf (21. 9.) diplomatisch zurückhaltend:

> «An sich ist die Tatsache, dass eine Grossmacht nach wiederholter Zusicherung ihrer Unterstützung einen verbündeten kleineren Staat im Augenblick des drohenden Konflikts mit einer anderen Grossmacht zu einer Gebietsabtretung rät, nicht oft zu verzeichnen gewesen.»

Nicht oft? Es war in der Geschichte der erste Fall. Immerhin wurde von dem Blatt damals gesagt, dass Grossbritannien einen Prestigeverlust erlitten habe und dass Böhmen seit tausend Jahren eine politische Einheit dargestellt hatte. Aber am 23. September wurde in einer Polemik gegen Ungenannte die Ansicht verurteilt, dass die Westmächte Verrat an der Tschechoslowakei begangen hätten, und das Wort «Verrat» wurde sogar unter Anführungszeichen gesetzt. Frankreich war durch einen Bündnisvertrag mit der Tschechoslowakei verpflichtet gewesen, im Falle eines Angriffs auf diese in den Krieg einzutreten. Die damalige französische Regierung hatte sich über diese eindeutigen und nicht wegzuleugnenden Verpflichtungen des Landes einfach hinweggesetzt, aber sie fand in der «NZZ» einen nachsichtigen Kritiker, der ihr nur eine «einschränkende Interpretation» der französischen Bündnispflicht nachsagte. Die Drohrede Hitlers im Berliner Sportpalast am 26. September enthielt die später wiederholt zitierte feierliche Zusicherung, beim Sudetengebiet handle es sich um Hitlers letzte territoriale Forderung. In ihrem Kommentar zur Rede (27. September) hat die «NZZ» immerhin den Mut aufgebracht, Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses Versprechens laut werden zu lassen, das dann auch im Handumdrehen gebrochen wurde.

Der erste Kommentar des Blattes zum Stattfinden einer Viermächtekonferenz in München war freilich noch voller Illusionen (29. September):

> «Wenn . . . Chamberlain bis zum letzten Augenblick für den Frieden

arbeiten wollte . . ., so konnte er nicht mehr den Weg über Berlin, sondern nur einen anderen Weg einschlagen. Diesen Weg gab es zum Glück, und er war gangbar dank den früheren Bemühungen der britischen Regierung, eine Besserung des Verhältnisses zu Italien anzubahnen.»

Da kommt der Glaube daran zum Ausdruck, dass Mussolini nicht einfach Hitlers Verbündeter war. Andere haben schon damals gesehen, dass der Weg über Rom sich von einem Weg über Berlin in keiner Weise unterschied. Zum Abschluss der Konferenz schrieb das Blatt (30. September) von einer in München erfolgten Einigung, «welche die Gefahr eines europäischen Konfliktes beseitigt und hoffentlich auch an Ort und Stelle in einigermassen friedlicher Weise durchgeführt werden kann». Die Gefahr eines europäischen Konfliktes war nicht beseitigt, sondern nur hinausgeschoben zu einem Augenblick, in dem Hitler durch das Nachgeben der Westmächte und durch den Verzicht auf den tschechoslowakischen Verbündeten gestärkt dastand. Immerhin stellte die «NZZ» damals mit Recht fest, dass «in der Prestigefrage Hitler unbestritten Sieger geblieben ist».

Weit weniger verständlich war die Stellungnahme des Berner *«Bund»*, der nach der Konferenz von München schrieb, die Tschechoslowakei könne eine weitere friedliche Entwicklung haben, sobald einmal das Henlein-Problem zufriedenstellend gelöst und das ihr verbliebene Territorium garantiert wäre. Wie könne man Selbstbestimmungsrecht verweigern, und auch nach der Amputation werde die Tschechoslowakei «ein respektabler Staat mit zehn Millionen Einwohnern bleiben». Das Blatt schien nicht erkannt zu haben, dass für Hitler das Schlagwort «Selbstbestimmungsrecht» einen ganz anderen Sinn hatte als für Demokraten. Dass diese Einstellung ein Fehlschluss war, bewiesen bereits die nächsten Wochen und Monate.

Das *«Journal de Genève»* war von der in München getroffenen Lösung begeistert, die *«Gazette de Lausanne»* hingegen skeptisch – ihr Berliner Berichterstatter sprach von «Kapitulation». Mehr als skeptisch zeigte sich die *«National-Zeitung»;* sie nannte Chamberlains Reise zu Hitler in Godesberg einen «Canossagang». Aber auch dort, wo die im ganzen Schweizer Volk vorhandene Sympathie für das kleine tschechische Volk in der Schweizer Presse zum Durchbruch kam, wurde – soweit es sich nicht um die sozialdemokratischen Blätter handelte – die Situation so dargestellt, als ginge es um nichts anderes als um einen Konflikt zwischen Deutschen und Tschechen. Es kam kaum zum Ausdruck, dass Hunderttausende Sudetendeutsche, vor allem Sozialdemokraten, damals an der Seite der Tschechoslowakei gegen das Dritte Reich standen.

Auch aus der Berichterstattung des damaligen britischen Gesandten in Bern geht hervor, dass die sozialdemokratische Presse der Schweiz in der Sache konsequent war und die Dinge – auch mit heutigen Augen ge-

sehen – damals richtig einschätzte. Wir stellen das nicht aus parteipolitischer Voreingenommenheit fest. Natürlich würde eine genaue Überprüfung alles dessen, was in den Hitlerjahren geschrieben wurde, auch da manche Fehleinschätzung zutage fördern, aber es bleibt doch eine Tatsache, dass zum Beispiel die *«Berner Tagwacht»* konsequent die Dinge im September 1938 extrem pessimistisch sah und immer von einer Kapitulation der Westmächte sprach, die die Tschechoslowakei um ein Linsengericht verkauft hätten. Der Verrat an der Tschechoslowakei, schrieb das Blatt – und die anderen Parteiblätter haben sich nicht viel anders geäussert –, sei verbunden gewesen mit einem Triumph der nackten Gewalt.

Wer würde heute bezweifeln, dass die damalige Einstellung der Schweizer sozialdemokratischen Presse nicht nur dem wahren Sachverhalt gerecht wurde, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des eigenen Landes lag? *J. W. Brügel*

Blick in die Zeitschriften

Hinweise

Obwohl die Zahl der in Österreich beschäftigten Fremdarbeiter im Vergleich zur Schweiz recht bescheiden ist, finden die damit zusammenhängenden Probleme auch dort immer grössere Beachtung. Anhand der im August 1971 veröffentlichten Zahlen – die ausländischen Arbeitskräfte hatten sich innerhalb eines Jahres von 96 000 auf 155 000 erhöht – lässt sich ermessen, dass in Österreich bald ähnliche politische Auseinandersetzungen zu erwarten sind, sofern man nicht aus den Fehlern der Schweiz zu lernen gewillt ist. In dem in Wien monatlich erscheinenden Gewerkschaftsorgan *«Arbeit und Wirtschaft»* (Oktober) äussern sich zum Gastarbeiterproblem Ernst Moravec, Erich Hofstetter, Felix Slavik und Josef Hindels.

Kanada dürfte ein Land sein, über das in politischen Zeitschriften – mit Ausnahme des Sprachenstreites – wenig berichtet wird. Es ist daher nicht uninteressant, über einige wirtschaftliche Aspekte dieses grossen Landes orientiert zu werden. In der Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche Deutschlands, *«stimme»*, Heft 21, findet sich ein sehr informativer Beitrag von Hermino Schmidt über den «Heimlichen Ausverkauf Kanadas». In einem Regierungsreport für das Jahr 1968 wurde festgestellt, dass sich bereits 76 Prozent der grössten kanadischen Firmen unter ausländischer Kontrolle befinden. Allein im vergangenen Jahr erwarben US-Käufer 104